

Die Vernehmung von Kahrs.

Beschläge zu den Sachverständigen-Ausschüssen. Diskussion über die Saarfrage im Völkerbund.

Die Golddisfontbauf

Von Rechtsanwalt Dr. Curtius, Berlin. M. d. R.

Das am Samstag, den 8. März, im Hauptsaal des Reichstags vom Reichshauptstaatsrat Dr. Schacht dargelegte Goldstandardkonzept reicht von allen, durch die Kreise angekündigten Projektien in den wesentlichen Zügen ab. Unumstrittener ist es aber jetzt noch der eingehenden Besprechung im Hauptsaal, dass also die Grundlagen des neuen Planes herausgestellt.

Kapitalmangel, Kreditnot und Golddeutschenbank. Ausgangspunkt des Projektes ist der Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft und die neue Kreditnot der Eigentümer. Da der Einzelwirtschaft sind in einer Linie Reichsbank und Rentenbank zur Verhinderung des Kreidors da. Wenn der Verfall der Inflation kann aber dieser Reichtum nur vorläufig dargestellt werden. Auslandssicherheit, insbesondere Realkredit, steht nur in geringem Umfang und gegen ungemeine Risiken (21 Proz.) zur Verfügung. Konstruktiv und organisatorische Hilfsmittel wie etwa die Kreditinstitute ausführen. Dagegenmittel, Industrie und Landwirtschaft sind zwar noch ausreichend, müssen aber nun auf

Noch ungünstiger steht es mit der Befriedigung des Kreditbedarfes unseres Außenhandels. Unsere Handelsbilanz ist Colloquial positiv. Mit Trostfeling der Einjhur kommen wir nicht weiter. Sie führt zur Erholung der Wirtschaft. Manche Handelszweige gewinnen ausländische Verdienste. Ein Gangen aber ist die Befriedigung durch diese noch sehr gering. Ein öffentlicher Krediten läuft nur das holländische Kreditinstitut. Dieses kann nicht verdoppelt werden. Alle Bemühungen, die nach anderen Richtungen hin unternommen sind, sind bisher gescheitert. Die in Holland eröffneten Gemeinde- und unternehmungen holländische und deutscher Banken vermittelten nur zum Teil Wirtschaftsgüter, dienen in der Hauptstadt vermutlich Finanztransaktionen. Nach einem in den Vier brauchte man sich dann nicht unzuhause zu fühlen, wenn die deutsche Wirtschaft aus eigener Kraft sich wieder in der Lage wäre, den Export aus ihrer Deko zu setzen. Dies ist aber, wie bekannt, kein zwecks der Fall. Die Anstrengungen an den Devisenmarkt wachsen von Tag zu Tag in besorgniser gender Weise. Roaches Handeln ist deshalb notwendig. Der Reichsbankpräsident hat von Anfang an die Täglichkeit an dem Plan vorliegt, auszuführen. Sie ist durch das Mittel einer Banknotendruck zu befestigen, weil er keinen anderen Ausweg mehr habe. Dieser Weg hat jetzt zum Ziel geführt. Wenn der aus Saisong im Hauptauslande entworfene Plan verwirklicht wird, fehlen der deutschen Wirtschaft Valutareserve in Höhe von 500.000.000 Goldmark darunter die Hälfte aus und sie müsste in Höhe von 300.000.000 Goldmark zur Verfügung. Die Kosten dieses Maßnahmen sind möglicherweise erheblich. Der Bank, durch die das ganze Geschäft finanziert wird, wird eine Abteilung der Reichsbank. Verwaltung und Aussichtsrat sind ganz in deutschen Händen.

Rennmark und Golddistrikte bilden

Nennwert und Papierwert sind zwar nicht identisch, wohl aber tatsächlich miteinander verschwommen. Sönicht die Papiermark weiter ab, so ist das Überleben der Rentenmark unvermeidlich. Die Gefahr einer Erhöhung des Dollarsatzes wird aber immer drohender, je größer die Aufschwünge

aber immer erörtert, je vieler die Abreisungen aus Deutschland werden und je weniger es möglich ist, diese Ansiedlungen zu besteuern. Lauten die Dinge noch einige Wochen weiter, so tritt das ein, was im Interesse der deutschen Bürgschaft und des gesamten deutschen Volkes unter allen Umständen verhindert werden muss, nämlich eine neue Serrituation unserer Währung.

Dieser Gesetz bringt das Golddecksystem-Projekt vor, die Erneuerung der Devisen, der ausländische Kredit, der hierarchisch zur Verfügung gestellt wird, entlasten unmittelbar die deutsche Währung. Nach den bestimmen Erfahrungen des Reichs-
bankdirektors wird bei dem Banknotenemissionen dieses Projekts die Menommen bis zum Justiz-
decreten der endgültigen Ausprägung sofort unter-

Angesichts dieser Erklärung und angesichts der
Sicherheit, die beim Nichtzu- und Einnehmen des Pro-
fesses des deutschen Wohlstand drohen, werden die
Befürchtungen, die aus der Ansicht der Russen durch

die Golddiskontbank entstehen, zurücktreten müssen. Die Golddiskontbank hat das Recht, bis zu 100 Millionen Goldmark Noten auszugeben. Die Noten sind in Höhe von 50 Prozent einlösbar. Daß eine Inflation durch einen so geringfügigen Beitrag entstehen könnte, ist ausgeschlossen. Die Noten sind aber, wie der Reichsbankpräsident wiederholt betonte, überhaupt kein Währungseinheit, vielmehr Devisengesetz. In den Jahren bzw. den entsprechenden Beiträgen der in Deutschland in Umlauf befindlichen fremden Noten einzuziehen und werden nicht aus deutsche Währung, sondern aus Sterling laufen. Mag ihr Beitrag klein erscheinen, mit Recht ist gefordert gemacht, daß 50 Millionen bei er sind als 400 Millionen. Es ist zu befürchten, daß die im Hauptauschluß geäußerten Bedenken, daß die einlösbarer Goldnoten der neuen mit dem Reichsbank in engstem Zusammenhang stehenden Golddiskontbank könnte das Ergebnis in unserer Rentenmark erschüttert werden, sich nicht bewähren.

Reparationen und Goldschmiede.

Die Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission haben nicht nur die deutsche Leistungsfähigkeit zu prüfen. Ihre Aufgabe besteht vielmehr auch darin, Vorschläge für die Stabilisierung der deutschen Währung zu machen. Es ist bekannt, daß die Sachverständigen diese Aufgabe durch die Schaffung einer entglichenen Goldreserve durch die Goldwährung lösen wollen. Von Standpunkt der Alliierten ist dieser Plan durchaus verständlich. Sie benötigen der Goldwährung, um deutsche Guthaben für Reparationszwecke verwenden zu können. Die Reparationsbank soll gewissermaßen in einen großen Reparationsfonds vorbehaltendes Geld der deutschen Wirtschaft, d. h. Gold, sammeln und den Alliierten zur Verfügung stellen. Doch mit diesem Plan die größten Erfahren für die deutsche Wirtschaft verknüpft sind, ist klar. Wir waren uns stets auf den Standpunkt zu stellen haben, daß eine rechte Goldwährung für uns erst nach ethischer Lösung der Reparationsfrage und nach Wiederaufstellung unserer Wirtschaft im Sinne des Ausgleichs von Altvölden und Passiven unserer Bilanz möglich ist, doch wir darüber hinaus mit allen Kräften Verhüten einer Inflationserzeugung und Inflationszentrale abweisen müssen. So klar diese Stellungnahme ist, es fragt sich, ob sie zur Abweisung des Sachverständigenprojekts führen wird, weil durch dieses das Problem der Alliierten Goldschub geleistet wäre. Man weiß über diese Fragen in den nächsten Tagen noch ausreichendes Vorwissen haben. Durchauslogisch ist die Erwartung sein, daß Deutschland auch für eigene Zwecke nämlich Hebung der See dienst, aus eigenen Mitteln - Auslandskredite, mit der der oben geschilderten Bedingungen gäbe, sind die Ideen des Sachverständigen auf deutscher Seite - zunächst einmal eine deutsche Lösung des Problems hinsichtlich. Die Wirkung folgt entweder Handelns oder nicht ausbleiben, die Gefahr der Auflösung unserer Notlage dadurch nur verzerrt, werden kann. Am besten wird man daher das Sachverständigenprojekt begreifen und hoffen, daß es bald verwirklicht werden kann. Nach den Anklahmungen im Hauptversammlungshaus, es darf nun keinen weiteren Verzug

ausdrücklich bedarf es dazu nur weniger geistlicher Bestimmungen, die noch in der Weise bestehen, wie erhalten seien. Alle übrigen Brausen eignen sich bereits gegen. In e. u. g. Tagen kann die Bank gegründet sein.

Die Dispositionen zum Rest der Tugend

Berlin, 11. Mrz. Der Abgeordnete des Reichstages hat die Dispositionen für den 1. Februar Tagung so geöffnet, daß Donnerstag oder Freitag die Auflösung des Reichstages erfolgen kann. Am Mittwoch wurden das Postministerium, das Gece über die Ausweitung von Süderhessen zu einer deutschen Provinz am 1. Februar wegen der Wahl des Reichspräsidenten, am Dienstag erg und das Gece über die Goldstandardbank erörtert werden. Eine Reihe kleinere Verlagen soll ebenfalls verabschiedet werden. Der Sparanschluß des Reichstages soll als Anschluß bei der Regierung freie Leben. Neben der Berliner Zeitung die Gültigkeit der Kreiszeitungen der Abgeordneten bis zu den Neuwahlen soll noch mit dem Reichstag verhandelt werden. Bermer ist vorgesehen, aber noch nicht bestimmt, daß die Wahlperiode während der Kriegszeit ruhen soll, jedoch nicht länger als eine Ermittlung abgeschlossen

Hitler-Prozeß

lungen, 11. März, v. Rahe beginnt nun mit Schilderung der Vorgänge im Bürgerbräukeller. Ihm zunächst ein Gefühl des Ekel's und Angst über diesen Überfall eingefügt hätten. Bereits habe ihn diese Trauer und Besorgnis über die folgen diese Schritte bestimmt. Er dann zu Boehm und Seiner grüßt. „Da uns die Polizei in eine schändliche Szenerei gesetzt haben; da müssen wir schon schwören, wie wieder herauskommen.“ Schon da sei das „Kommissarie“ gefallen. Für ihn, den Zeugen, stand es fest, daß durch das Verbrechen Hitler und Reich schwer erschüttert woren. Es keine Rede davon sein, daß er gesagt habe, er hätte waren sollen, er kahg hätte in etwa zehn Tagen ein Gleichtes gelan. Am weiteren klause seine Ausführungen befindete der Zeuge noch, er habe möglichst ruhig über die Sache weitgetragen wollen. Zu Boehm und Seiner habe er dann grüßt, daß er das Unternehmen Hitlers nicht ausreichend halte; er würde außerdem an der Runde Wundert auch in den nationalen und internationalen Auswirkungen der außenpolitischen Wirkung abgleichen. Der Entschluß Alton Hitlers nicht mitzumachen, und in t. so er Weisungsfreiheit habe, entzogen zu seien, bereits im Bürgerbräu er sei bei ihm gewesen. An den Geträumten, als ob er sich durch Kardinal v. Faulhaber, den Kronprinzen oder irgend jemand eine Vorst in seiner Entscheidung beinflussen lassen, sei kein wahres Wort als politische Spiel, das er am Abend des 8. Februar habe durchführen müssen, sei ihm am ersten gedoren. Er habe in Wahrheit neuwals höherrolle angestrebt, und wenn er später das Amt des Ministerpräsidenten übernommen habe, so habe er sich dazu auf das Drängen der nationalen Freiheit entschieden. Der Zeuge schloß seine Ausführungen mit den Worten: Leute seien vor diesem Tribunal Männer als Freunde gegen

aber, die doch in dem großen nationalen Grunde-
danten dieses Empfängnisses hat er, derer tra-
gisches Schicksal es aber war, daß sie über den ein-
zuschlagenden Weg in den schärfsten Konflikt zu
einander geraten und geraten mögen mit will diejenige,
die an der Spitze der Staatsanwaltschaft standen,
die Sicht hatten, das zu verhindern, was nach
ihrer festen Überzeugung dem Staat und dem
Reiche zum Unheil und zum Untergang werden müsse.
Von meinem politischen Standpunkt aus siehe ich
den hier zutage getretenen Verstrebungen nicht ge-
nögender. Ich bin ein freier Mann. Person zu mögen
bleiben oder vorzehen, wenn mir der Staat und
das Vaterland willte gedeihen. Der Vorsteigende
könnte dann noch einige Fragen an den Juveni und
betonte dabei verschleierte Gespenster, die sich aus
den Aussagen Kahrs und verschiedenen Aussagen
meiner Angestellten ergaben hätten. Das Ge-
richt schloß sich nach einer Pause von ziemlich
Minuten die Wiedererhebung Kahrs unter Aus-
schluß des Geschworenenstuhls zu hören. Die
Einstellung wurde darauf geprägt.

München, 11. Mär. Nachmittagsitzung. Um 4 Uhr nachmittags wurde die Öffentlichkeit der Sitzung mehrheitlich. Auf Befragen des Vorsitzenden erwiderte der Zeuge, daß er zusammenhang mit der Errichtung des Generalstaatskommittäts und der Verhängung des Ausnahmezustandes die öffentlichen Veranamungen vorbereitet habe. Nachdem der Zeuge erfragt wurde, ob er nicht auch die Erklärungen zum Loschwischen für die nächste Zeit getroffen, zeigte von Rath erkennt, er habe keinen Antrag, den Herren einen derartigen Antrag zu gestatten. Die Frage des Vorsitzenden, ob der Vergnügungsplatz noch länger andauere, wird von der Befragten bejaht, worauf der Vorsitzende die Verhandlung erneut eröffnet. Am Mittwoch wird Christus am Graben verhaftet.

Mus den Sachverständigen-Meetingen

Paris, 11. Mrz. Der Bankunterstützungs-Komitee Dawes ist heute nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, der auch Dr. Joseph Schatz, Präsident Dr. Schatz beitragen wird. Man nimmt an, daß Dr. Schatz sich auch über den dem Reichstag zugegangenen Gelegenheitsvortrag sowie die Gründung einer vom Deutschen Reich unabhängigen Goldreserve ausspielen wird. Nach dem Journal des Deutschen Reichs kann die Frage behandelt werden, wie die deutsche Goldreserve eventuell in die von dem Auswärtsministerium vorgeschlagene Goldreserve einbezogen werden kann.

Auch habe man behauptet, die Regierung sei entschlossen, die Dauer der Legislaturperiode der Kammer, wenn nötig, durch Einberufung der Nationalversammlung zu verlängern. Ein derartiges Verfahren wäre vollkommen unmöglich, da durch ein einfaches Gesetz, wie das Gesetz von 1919 bei der Verlängerung der Gültigkeit der 1914 geschafften Kammer bewiesen habe, die Legislaturperiode verlängert werden könnte. Auch nach dieser Richtung seien also dem Kabinett solche Möglichkeiten eingeräumt worden.

England Zum Zusammenarbeiten mit Frankreich

London, 11. März. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Es gibt drei Bedingungen, die bisher von den Franzosen mit Bezug auf einen englisch-französischen Pakt gefordert worden seien, deren keine britische Regierung, welches auch immer ihre politische Zusammensetzung sei, zustimmen könnte. Die erste sei eine endgültige Militärkonvention, die zweite sei eine besondere Garantie für die Staaten von Oste und Mittelmeere, die weitergehe als die allgemeine in der Völkerbundesfassung enthaltene Versicherung, und die dritte unmögliche Bedingung sei die des Erteilung bzw. der Beteiligung an irgend einer Garantie für Frankreich solange dies im Auftrag bleibe. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß Großbritannien einen Pakt eingehen werde, der bestimmt sei, Frankreich gegen Deutschland und Sicherheit zu geben, wenn letzteres nicht auch auf der Grundlage der Generalisierung daran teilnehme. Über die Gedanken der britischen Regierung hinsichtlich eines gegenwärtigen Garantiekreises zwischen den beiden Weltmächten und Deutschland führt der Berichterstatter folgendes aus: Ein breiter Gürtel rheinischen Gebietes würde dauernd entmilitarisiert und neutralisiert werden unter einer kollektiven und generalisierten Garantie entweder der Weltmächte oder des Völkerbundes oder beider. Dies bedeutet, daß keine Truppen oder militärischen Werke innerhalb dieses Gebietes in Zukunft stehen würden und daß keine Truppen es durchstreifen könnten, sei es von Deutschland, von Frankreich oder von Belgien aus. Insidatoren des Völkerbundes werden allein die Beobachtung der Kanäle, die sich auf die Entmilitarisierung beziehen, übernehmen, und nur der Völkerbund könnte unter gewissen Umständen zu dem Durchzug von Truppen durch diesen Landgürtel seine Ermächtigung geben. Ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland würde so zu einer materiellen Unmöglichkeit gemacht werden können oder so verzögert, daß die Interessen anderer Mächte für eine Regierung oder zugunsten der bedrohten Partei erleichtert werden.

Österreich

Der Finanzminister zur Währungsfrage.

Wien, 11. März. Finanzminister Dr. Rennbichl gehörte im Gemeinschaftsaum zu Innkreis eine Rede. Er bezog sie sehr eingehend mit der österreichischen Währung. Die im Vorjahr ertragene Stabilisierung habe die Regierung ermutigt, wieder an die Ausgabe von Hartgeld heranzutreten. Der Minister machte genauere Mitteilungen darüber und sprach dann über die Sanierungspolitik. Er schrieb aus: Angehörige des Fortschritts der Sanierungsaktion könnten wie uns fragen, wie wir zum Abschluß der Sanierung unserer Staatsschulden gelangen könnten. Die General-Kasse des Außenministers bezweckt keine Informierung der Mitglieder des Völkerbundes über unsere Absicht, die 1922 angekündigte Ziffern für die Budgets 1923, 1924 und teilweise 1925 bei einer Revision zu untersuchen. Die Angabe, daß bei der jetzigen Tagung des Völkerbundsrates eine Vereinbarung über neue Ziffern erfolgen soll, ist mißverständlich. Der Rat wird es sich höchstens um die Feststellung eines Modus, nach dem verfahren werden soll, handeln, um eine

Revision der Generalkonventionen handelt es sich nicht. Der Minister sprach weiter über die Steuerbelastung und drückte die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, ohne eine bedeutsche Erhöhung der Steuern, durchzukommen. Dedenfalls könnte er mit guten Gewissen sagen, daß kein Plan für besonders einfache Abgabehöchungen bestünde.

Vorlesungen und Arbeitszeit.

Zum Hochsatzbericht.

Hamburg, 11. März. Der Hochsatzbericht hat heute morgen eingesetzt. Die Schlepp- und Fahrdampfer sind zurück in Betrieb. Die Schauspieler, die nicht zur Arbeit ausfuhren, versammelten sich, um die Lage zu besprechen. Von einem gestern aus Indien eingelieferten englischen Dampfer konnte nur ein Bruchteil der Ladung für 24.000 Sac Meiss gelöscht werden.

Kohlestreit in den Werken.

Leipzig, 11. März. Am 8. März. hat in dem Streit zwischen dem Verband der Südtiroler Thüringen-Werke und der Gewerkschaften die beim Reichsverteidigungsministerium gesetzte Schiedsstelle den Sprung gefasst, nachdem die Streitpunkte auf achtunddreißig Punkte, die wöchentliche Arbeitszeit auf dreizehnundfünfzig Stunden festgesetzt wurde. Der Sprung tritt in Kraft, sobald er von beiden Parteien angenommen ist. Die Parteien erzielten für die Einschränkung über Abschaltung oder Annahme eine Frist bis 22. März.

Zum Konflikt in Italien.

Rietton, 11. März. Wie die Parteien melden, haben die geführten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Beilegung des Konflikts in der Sizilianischen Region zu keinen Einigung geführt.

Aus Stadt und Land

Padua, 13. März. Vorgestern abend kam am Kommunenweg eine Dame so ungätelich zu Tode, daß sie von vier Arbeitern, die eben vorbeikamen, ins Krankenhaus getragen werden mußte.

Padua, 13. März. (Volksbildung.) Die Fortsetzung der literarischen und musikalischen Vorlesung findet heute abend 8 Uhr in der Aula statt. Da sie ein Vorleser ein überzeugtes Genie bildet, darf die Deutlichkeit an zweiten Rang treten, auch für solche, die sicherlich nicht begeistern können. Die beiden letzten Vorlesungen haben und morgen werden uns auf die neuzzeitlichen Stoffen näherbringen.

Dies, 11. März. (Ex. Sterbehilfskasse.) In der Not der Gegenwart, bei der Geringfügigkeit der vorhandenen Barmittel wird jede außerordentlich Ausgabe, die in normalen Zeiten unethisch zu betrachten war, den einzelnen drückt, so auch die Ausgabe für die Belastung eines Augenärztes. Nach dem Vorsprung einer Berufsfamilie, auch verschiedener Kirchengemeinden gaben auch die kirchlichen Röperschwestern der evang. Kirchengemeinde Dies dem Plan näher treten zu wollen, durch Gründung einer Sterbehilfskasse ihren Mitgliedern eine sofort wirksame Hilfe zu bieten. Nachdem eine Kommission aus den Herren Studentenrat Meiser, Lehrer Ringshausen und Amtsgerichtsrat Dr. Wahn, Erzeugungen entworfen hatte, wurden dieselben in der Sitzung vom 7. März angenommen. Die anwendenden Mitglieder erklären solort zum größten Teil ihren Beitritt zu der Vereinigung, die den Namen „Hilfe am Grab“ tragen soll. Aus den Sitzungen folgendes mitgeteilt: In diese kann jedes Mitglied der evang. Kirchengemeinde angenommen werden, das das 20. Jahr erreicht hat und nicht bereits lebensgefährlich erkrankt ist. Die Mitglieder zahlen ein Eintrittsgeld, bei einem Alter von 20–50 Jahren 1 Mark, bei einem solchen von 50–60 Jahren 2 Mark, bei einem solchen von 60–70 Jahren 3 Mark, darüber hinaus 4 Mark. 2 Monate nach

Gründung der Unterzuhrungskasse wird das Eintrittsgeld um 1 Mark erhöht. In diesem Eintrittsgeld kommt ein laufender Beitrag von 50 Pf. vierteljährlich; bei dem Abschluß eines Vereinsmitgliedes wird eine Umlage vorgenommen von 1 Mark. Sollte ein Mitglied, das der Vereinigung bereits 6 Monate angehört hat, so erhalten die Empfangsberichterichter ein Sterbegeld, das soviel mal 1 Mark beträgt, als am ersten des Sterbedatums Mitglieder vorhanden waren, jedoch nur bis zur Höchstgrenze von 100 Mark. Tritt der Todesfall innerhalb der ersten 6 Monate der Mitgliedschaft ein, so wird die Hälfte dieses Sterbegeldes, also höchstens 50 Mark, beobachtet. Ein Vorstand aus 3 Mitgliedern soll die laufenden Geschäfte führen und ist der Generalversammlung der Mitglieder verantwortlich. Es kommt nur darauf an, daß sich möglichst viele Gemeindemitglieder an diesem Unterstützungswerk beteiligen. So viele Mitglieder sind, um so mehr mindern sich die Kosten für den einzelnen. Anmeldungen zum Beitritt nehmen neben den beiden Ortsgeistlichen die Herren Studienrat Meiser, Lehrer Ringshausen und Gerichtsrat Dr. Wahn an.

Laurenburg, 9. März. (Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen-Vergütung.) Heute stand hier in dem Gastwirtschaft „Zum Schiff“ eine Versammlung vom Kreisverband des Zentralverbands deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsinvaliden statt.

Die Tagung war aus allen Teilen des Kreises überaus zahlreich besucht. Eröffnung und Leitung der Versammlung lag in den Händen des 1. Kreisvorsitzenden Kamerad R. Reuss-Dies. Dieser wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, daß es gegenwärtig mehr denn je nötig sei, wieder mit aller Energie auf den Plan zu treten und zum Wahl- und Segen der Kriegsopfer läuft zu sein. Jahres- und Kassenbericht des vergangenen Jahres zeigten deutlich die Auswirkungen der jede gerechten Tätigkeit unmöglich machenden Inflation. Trotzdem sind die Ortsgruppen nun der Kreisleitung über alle Tagesträger hier schriftlich unterrichtet worden, modisch wenigstens den vollständigen Zusammenbruch vorgezeichnet wurde. Einflimmig wurde beschlossen, überall mit dem 1. März d. J. die neue Tätigkeit wieder aufzunehmen. Anschließend hieran hielt der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe Holzlar und Umg. Kamerad Schau einen Vortrag über das Thema: „Die gegenwärtige Lage der Kriegsopfer.“ Er stellte in großen Umrissen die Verborgungsgeschichte bis zum Jahre 1920 und stellte Vergleich mit dem Reichsobergremiumsamt vom 12. Februar 1920 an. Hieran anschließend beleuchtete er eingehend das Reichsobergremiumsamt mit den verschiedenen Abänderungen und ging Redner alsbald anschließend in klarer und sachlicher Weise auf die gegenwärtige Lage der Kriegsopfer ein. Insbesondere seine erinnerte die unverhüllten Goldschreiberei, die heute nur ein Drittel, ja teilweise nur ein Viertel der Friedensjahre betrugen, die Wiedereinführung der Belehrungen über die Rentenrente, die erst im Juni 1923 vom Reichstag bestätigt worden waren, die Abmilderung der Kosten für die Ausübung der sog. Kriegsfürsorge auf die Länder und Gemeinden, und die Person abnahmeverordnung, durch welche eine große Anzahl Kriegsbeschädigter in rücksichtsloser Weise entlassen wurden, eine Maßnahme, die die Entlastung weiterer Volkskassen angezeigt hat. Mit der Aufruhrlosigkeit, mehr denn je zusammen zu halten und treue Konsolidierung zu pflegen, schloß Kamerad Schau seine Ausführungen, die reichen Besall sammelte. Die einleitende Diskussion brachte folgende einflimmige Entscheidung auf: „Die heute am 9. 3. 24 im Gasthaus „Zum Schiff“ zu Laurenburg tretende, aus allen Teilen des Unterkreisverbandes zahlreich besuchte Delegiertenversammlung des Kreisverbandes Unterkreis vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsinvaliden, hinstellt, mit allen zu Gehör stehenden Mitteln dahin rücken zu wollen, daß 1. baldigst eine bessere Vergütung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Platz gräßt, 2. die Kriegsfortsetzung nicht zur Atementspannung herabgedrückt und an dem Aufbau und der Organisation der Kriegsopferfürsorge nicht gerüttelt wird, 3. die Entlassungen von

Kriegsbeschädigten aufgrund der Beamtenabwanderordnung rücksichtig gemacht und eingestellt werden. Auch wir haben volles Verständnis für die Notlagen des Vaterlandes und sind bereit, weitere Opfer zum Wiederaufbau zu bringen.“ Die Wahl des Vorstandes gestaltete sich wie folgt: 1. Vors. R. Reuss-Dies, 2. Vors. R. Schau-Holzlar, 1. Schriftl. W. Raffine-Bad Ems, 2. Schriftl. R. Weinmann-Nassen, 1. Kass. Anton Schäfer-Holzenbach, 2. Kass. W. Groß-Bad Ems. Der Beitrag wurde ab 1. April 24 auf 50 Pf. monatlich festgesetzt. Nach Erledigung einiger Anträge von Ortsgruppen und Mitteilungen des Vorstandes, schloß der 1. Vorsitzende gegen 6.30 Uhr mit Worten des Dankes und der Erinnerung zu seiner reger Tätigkeit die harmonisch verlaufene Versammlung.

Aus Provinz und Nachgebieten

Auseinander der 5 Millionen Reichsbanknoten. Das Reichsbankdirektorium ruft jetzt mit Reichsratsbesprechung die Reichsbanknoten zu 5 Billionen Mark zur Einlösung auf. Sie können bis 5. April 1924 bei allen Kassen der Reichsbank in Zahlung gegeben oder gegen andere gültige Zahlungsmittel eingetauscht werden. Mit dem 5. April 1924 verlieren die aufgeweckten Noten ihre Eigenschaft als gleiches Zahlungsmittel. Von da ab erfolgt ihre Einlösung nur noch bei der Reichsbankbanknoten und zwar bis zum 5. April 1925. Mit diesem Zeitpunkt endet für die Reichsbank die Einlösungspflicht.

Wiesbaden, 11. März. (Der falsche Beamte.) Vor einigen Tagen wurde, wie das Echo zu Rhin mitteilte, ein hiesiger Bankbeamting, der auf der Reichsbank 6500 Goldmark erobert hatte, von einem unbekannten angehalten, der sich als Beamter der französischen Sicherheitspolizei ausgab und ihm die Geldbörse abnahm, mit der er verschwand, ohne bisher ermittelt werden zu können.

Frankfurt, 11. März. Rechtsanwalt Hau nach 15-jähriger Justizkarriere entlassen. Dem ehemaligen Karlsruher Rechtsanwalt Kurt Hau, der im Jahre 1909 vom Schwurgericht wegen Entmordung seiner Schwiegertochter, der Frau Molitor, zum Tode verurteilt wurde und vom damaligen Grossherold zu lebenslänglichem Justizhaus bestraft worden war, ist nunmehr, nachdem er 15 Jahre seiner Strafe verstrichen hat, der Rest der Strafe erlassen worden. Er wird dieser Tage das Justizhaus in Bruchsal verlassen.

Sauerbrach, 11. März. Von der Hochzeit zur Feindeslegion begab sich hier vor vier Jahren der Schuster Sabob zu Schleswig. Es kam damals bei der Hochzeit, die hier gefeiert wurde, zu einem kleinen Zwischenfall, worauf der gekränkte Ehemann spöttisch verschwand. Die Ehe wurde nach vergeblichen Nachjagungen aufgelöst und die Frau ist seit kurzem wieder verehelicht. Man kann sich den Schrecken denken, als die Frau nun einen Brief ihres todesglaubigen Mannes erhielt. Er schreibt, daß er damals – es sind jetzt gerade 4½ Jahre – aus Perspektivbedarf in die Feindeslegion gegangen sei und im Herbst mache seine fünfjährige Dienstzeit zu Ende sein; er wolle dann heimkehren.

Bermischte Nachrichten

Erste Lage in Irland.

London, 10. März. Angesichts der Lage ist jetzt kein Frieden möglich. Hat die Gendarmerie von Ulster Waffen getroffen, um den Schwung von Waffen über die Grenze nach Londonderry zu verhindern. Die zwei gefeuerten Offiziere sind noch nicht gefangen genommen worden. In den Straßen von Dublin patrouillieren Polizeiautos mit Soldaten.

Grubenunglück in Amerika.

Salt Lake City (Utah), 10. März. Der durch eine Explosion in einer Grube bei Salt Lake ausgetriebene Brand ist gelöscht. Es sind bereits 20 Tote ans Tageslicht befreiert worden.

Spiel und Sport

Die Ziele der Deutschen Turnerschaft

Förderung des deutschen Turnens

Die Deutsche Turnerschaft will alle Arten von Leibesübungen, die der leiblichen und seelischen Kräftigung dienen können, sofern sie in ihrer Verbindung eine ausreichende Zahl von Anhängern haben. Ihre Hauptgebiete sind: Volksstunden, Gedächtnisspielen, Spiele, Wandern, Schwimmen und Fechten.

Giel der Deutschen Turnerschaft ist Herausbildung eines gründlichen, körperlich leistungsfähigen, jünglich gesetzten Volkes. Dazu sucht sie beide Geschlechter, alte Altersstufen und auch die ländlich weniger gut Bevoelkerung zu erziehen und möglichst vielseitig durchzubilden. Sie nimmt jedoch in ihre Reihen auch Vereine und Einzelmitschüler auf, die ausschließlich oder vornehmlich ein einzelnes Übungsgebiet betreiben wollen.

Mittel zum Zweck sind regelmäßige Übungsfunden, besondere Begehrungen für Turnunter- und Turngeschichten, Wettkämpfe, Wettbewerbsfeste und Turnfeste. Den Herrenveranstaltungen gilt die Gelegenheit, sich in Welschschwimmen mitzunehmen zu mecen.

Mit allen deutschen Turnerschaften besteht der Reichsgrenzen wünscht die Deutsche Turnerschaft innige Verbindung und Freundschaft, mit französischen und dem Deutschen Reichswohlwollen. Nachbarländern möchte sie gute Erfahrungen und gelegentliche Besuche aus, Wettkämpfen aber bleibt sie fern. Wo es in besonderen Fällen wünschenswert ist, das das gesamte Deutschland mit dem Ausland in Wettbewerb tritt, entscheidet sie über Verhandlungen ihrer Vertreter nach Fall zu Fall.

teile in sich, daß von ihm in einigen Jahren die gebräuchlichen Sprengmittel der heutigen Tage völlig verdrängt sein werden. Einige dieser Vorteile mögen erwähnt werden.

Sollen irgendwie Sprengungen mit Dynamit oder einem anderen heute gebräuchlichen Sprengmittel vorgenommen werden, so muß an diesem Ort von einer Fabrik die nötige Menge dieses Sprengmittels, mittels eines sogenannten „Sprengzeuges“ gehobt werden; denn es kann ja durch einen unvorhergesehenen Zufall sich der Fall einer Explosionsereignis ereignen, der beim Transport mit einem gewöhnlichen Eisenbahnzug große Verheerungen anrichten würde. Aber auch mit dem Sprengzeug sind Angs- und Begleitpersonal und fülliglich auch die Durchquerung der Sprengstoff durch den Sprengstoff und ein Zündstock aus Sauerstoff beschwert, und erfordert bei relativ höherer Temperatur verdampft. So haben wir es eigentlich nie mit flüssiger Luft, sondern mit flüssigem Sauerstoff zu tun.

Um wissen wie, daß Sauerstoff die Verbrennung beschwert. Taucht man einen glimmenden Zündstock in eine Sauerstoffatmosphäre, so beginnt er mit heller Flamme zu brennen. Dasselbe kann man beobachten, wenn man einen glimmenden Zündstock in flüssige Luft taucht. Wegen des großen Sauerstoffreichtums in der Verbrennung geht insbesondere flüssige Luft mit flüssiger Luft vermischt, brennt ebenso hell wie eine Magnesiumzünd, das für Sauerstoffzündungen heute Verwendung findet. Bringt man flüssige Luft in Verbindung mit Kohlenstaub, so entsteht ein explosives Gemisch, das ein ausgezeichnetes Sprengmittel darstellt und mit seinem Kohlenstaub (ähnlich einer Patrone) gefüllt ist, in das Bohrloch, vollführt alle nötigen Vor-

teilen, wie das Verdampfen usw. und erst wenn alle Arbeiten beendet sind, wird mit Hilfe eines eigenen Transportwagens die flüssige Luft herangebracht und die Patrone mit flüssiger Luft gefüllt. Ganz jetzt ist das Sprengmittel fertig, der Bergmann begibt sich in Sicherheit und die Entzündung wird durch den elektrischen Anker oder die Jundschur eingeleitet. Die Wirkung der Sprengung kann dadurch herabgesetzt werden, daß man mehr oder weniger flüssige Luft mit der Kohle in Verbindung bringt.

Will es der Zufall, daß einmal eine solche Patrone nicht zur Explosionsgebräuchlich ist, so kann man auf diese Weise richten, daß sie auf dem nächsten Zuge verdeckt wird. Das ist eine Beispiele aus dem täglichen Leben zu erläutern: Trägt man Wolle mit Benzin, so braucht dieser Körper mit hoher Flamme. Warte man aber so lange bis die brennende Flüssigkeit verdampft ist, so hat man wieder den schwer brennbaren Beikörper allein. Da also auch dem Objekt die Sprengkraft nur kommt, solange die flüssige Luft nicht verdampft ist, so kann man nach dieser Zeit (etwa 1/2 Stunde) sich ganz ohne Gefahr dem Herausnehmen dieser Bergmannspatrone widmen, während das Entfernen eines Dynamitbündels doch immer mit Lebensgefahr verbunden ist.

Zu diesen unschönen Vorteilen kommt aber ein weiterer, heute nicht zu unterschätzender Vorteil: ist eine Bergmannsfeuerzeug, die Lunte-Anlage einmal beschädigt, so steht das Mittel, die Luft, loslos vor Verbrennung. Schließlich ist leicht zu erkennen, daß bei allgemeiner Einführung dieses Sprengmittels den Arbeitshäfen und Fabriken ihre Handwert grundlich gelöst ist. Denn was sollen sie ohne Dynamit ausfangen?

